

Niederschrift

Ausschuss	Sitzung			
	Lfd. Nr.	Wochentag, Datum	Ort	Beginn Ende
Finanz- und Personalaus- schuss	20	Donners- tag, 13.06.2013	Rathaus, Zimmer A1.63, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braun- schweig	15:00 17:30

Anwesenheitsliste s. *Anlage 1*

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Pesditschek verlässt die Sitzung um 17 Uhr während der Beratungen zu Punkt 18. Ratsherr Müller übernimmt ab diesem Zeitpunkt die Leitung der Sitzung.

Die Tagesordnung wurde um den Punkt 20a, Nr. 16223/13 „Haushaltsvollzug 2013 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NkomVG“ ergänzt.

Zu Beginn der Sitzung wird zu Punkt 11.3 die Mitteilung Nr. 13040/13; „Antrag der BIBS-Fraktion auf institutionelle Förderung für die AG Schacht Konrad und den Asse-II-Koordinationskreis; Darstellung der Sachlage (s. beigef. Auszug aus der Niederschrift des FPA, Nr. 4046/13 zu Punkt 24 Haushalt 2013)“ verteilt.

I. Nichtöffentlicher Teil (Personal)**II. Öffentlicher Teil (Personal)****Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 16. Mai 2013**

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: [Ja: 11, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

Punkt 2 Mitteilungen**2.1 Nr. 13060/13
Personalkostenhochrechnung Mai 2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.2 **Nr. 13021/13** **Verteilungsgrundlagen für die Stadtbezirksratsmittel**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz:

Ratsherr Sommerfeld bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorschläge zur Neuverteilung der Stadtbezirksratsmittel. Er könne diese Vorschläge jedoch in der Sache nicht akzeptieren, da die Bemessungsgrundlage nicht verändert worden sei und es dadurch teilweise zu erheblichen Kürzungen bei einzelnen Stadtbezirken komme würde. Diese Kürzungen würden in keinem Zusammenhang mit der Größe des betroffenen Stadtbezirkes und der Einwohnerzahl stehen. Er schlage vor, bei der Verteilung der Mittel die zwei Parameter Investitionen und Einwohnerzahl in den Stadtbezirken zu berücksichtigen.

Ratsherr Heere begrüßt, dass nach dem Vorschlag der Verwaltung die Verteilungsgrundlage nunmehr transparenter sei und kündigt an, dass seine Fraktion voraussichtlich zu den Beratungen zum Haushalt 2014 hierzu tätig werde. Auf die Frage nach dem verfassungsgemäßen Verfahren hinsichtlich der Festsetzung der Haushaltsmittel am Beispiel der Grünflächenunterhaltungsmittel verweist Herr Erster Stadtrat Lehmann auf die Zuständigkeitsregelungen des NKomVG. Danach sei eine Verteilung nach Fläche und Einwohnerzahl nicht verfassungskonform. Insbesondere die bezirklichen Einrichtungen müssten ebenfalls berücksichtigt werden. Bei dem Vorschlag der Verwaltung sei auf Grundlage des vorhandenen Gesamtbudgets für die Stadtbezirksräte eine Verteilung nach objektiven Kriterien vorgenommen worden, ohne dabei zu berücksichtigen, ob die sich ergebenden Haushaltsansätze tatsächlich ausreichend seien. Zu prüfen, ob die Haushaltsansätze eines Stadtbezirkes tatsächlich ausreichend sind, sei Aufgabe des Rates im Rahmen des Budgetrechtes. Die Verwaltung sei lediglich unterstützend tätig geworden und wolle der Entscheidung des Rates nicht mit eigenen Vorschlägen vorgehen.

Auf Anfrage von Ratsherrn Schicke-Uffmann bestätigt Herr Erster Stadtrat Lehmann, dass ein Bezirksrat, der von seinem Budgetrecht Gebrauch gemacht habe, über sämtliche budgetierte Ansätze frei verfügen könne. Dies sei unabhängig davon, ob es sich um Investitions- oder Aufwandsmittel handle.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Pesditschek erklärt, dass die Verwaltung nach Vorlage einer nunmehr nachvollziehbaren Aufteilung der Stadtbezirksratsmittel nicht nach der bisherigen Vorgehensweise verfahren dürfe. Herr Erster Stadtrat Lehmann erwidert, dass er keinen Handlungsbedarf der Verwaltung sehe. Der Rat müsse über eine Neuverteilung dieser Haushaltsmittel entscheiden. Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Pesditschek teilt diese Auffassung nicht.

Auf Anfrage von Ratsherrn Sommerfeld erklärt Herr Erster Stadtrat Lehmann, dass das NKomVG keine ausschließliche Zuständigkeit der Stadtbezirke bei den bezirklichen Aufgaben vorsieht, sondern eine Mitzuständigkeit.

2.3 **Nr. 13063/13** **Gleichstellungsbericht 2010 bis 2012**

Die Mitteilung wird von der Verwaltung zu Sitzungsbeginn zurückgezogen.

Punkt 3 **Anfragen**

3.1 **Nr. 2314/13** **Tarifstruktur Klinikdienste GmbH**

Die Stellungnahme wird von Herrn Erster Stadtrat Lehmann verlesen und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Herr Erster Stadtrat Lehmann verliest die an die Ausschussmitglieder verteilte Stellungnahme der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Protokollnotiz:

Auf Nachfrage von Rats Herrn Sommerfeld erklärt Herr Erster Stadtrat Lehmann, dass eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 1 erfolgen würde, sofern die Verwaltung die Eigenreinigung in Eigenregie vornehmen würde.

Herr Schüttig, Geschäftsführer der Städtischen Klinikums Braunschweig gGmbH, erläutert auf Anfrage von Rats Herrn Kubitz, dass durch eine Überführung der Klinikdienste GmbH in den TVöD eine Mehrbelastung durch Arbeitgeberanteile an der VBL in Höhe von rund 500.000,00 € entstehen würde.

Der Ausschussvorsitzende Rats Herr Pesditschek erklärt, es sei Ziel des SPD-Antrages gewesen, dass die Reinigung durch Beschäftigte erfolge, die einer von Arbeitnehmern bzw. deren Vertretung und Arbeitgebern ausgehandelten Tarifstruktur unterliegen und die durch einen Betriebs- bzw. Personalrat vertreten werden. Aus diesem Grund sei dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt worden, mit der Klinikdienste GmbH Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die Reinigung an die Klinikdienste GmbH zu vergeben. Es sei nicht Ziel des Antrages gewesen, hier den TVöD einzuführen.

Auf Anfrage der Rats Herren Sommerfeld und Heere erklärt Herr Geschäftsführer Schüttig, dass nach seiner Kenntnis die im TVöD vorgesehenen Stufenaufstiege im Lohnvertrag für die gewerblichen Beschäftigten der Gebäudereinigung nicht vorgesehen seien. Ausschussvorsitzender Rats Herr Pesditschek bittet die Verwaltung, dieses zu überprüfen und den Ausschuss entsprechend zu unterrichten. Er sei bisher davon ausgegangen, dass die Tarifstruktur bei beiden Tarifverträgen ähnlich sei. Herr Erster Stadtrat Lehmann verweist auf die zum Thema bereits erfolgte Mitteilung, danach beträgt der Unterschied nach der Stufung knapp 1,00 €. Dem gegenüber würde nach Tarifvertrag für die Gebäudereinigung Urlaubsgeld gezahlt.

Anmerkung zum Protokoll:

In der VA-Vorlage „Schrittweise Umstellung von Fremd- auf Eigenreinigung auf den Stand von 2001“ (FPA am 11. April 2013, Drucksache 16045/13, Seite 3, Abs. 4) sind die Unterschiede zwischen dem TVöD und dem TV Gebäudereinigung entsprechend dargestellt. Danach bestehen keine vergleichbaren, regelmäßigen Entgeltsteigerungen. Es wird allerdings ein Urlaubsgeld gezahlt.

Punkt 4

Nr. 16177/13**Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zum 1. August 2014 bzw.****1. September 2014 sowie Zulassung von Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2 im Jahr 2014****Empfohlen!**

- „1. Die Bereitstellung von bis zu 20 Ausbildungsplätzen zum 1. August 2014 für die Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste - davon bis zu 2 Plätze für die Zulassung von Beamtinnen und Beamten zum Aufstieg in diese Laufbahngruppe - wird genehmigt.
2. Die Bereitstellung von bis zu 10 Ausbildungsplätzen für die Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum 1. August 2014 wird genehmigt.
3. Die zum 1. August 2014 einzustellenden Beamtennachwuchskräfte der Fachrichtung Allgemeine Dienste erhalten die Zusage, dass sie bei einem Laufbahnprüfungsergebnis von „befriedigend“ oder besser nach Abschluss der Ausbildung unbefristet im Beamtenverhältnis eingestellt werden, sofern die sonstigen Voraussetzungen (charakterliche/gesundheitliche Eignung) erfüllt sind.
4. Die Einstellung von bis zu 26 Auszubildenden für die Berufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) zum 1. September 2014 wird genehmigt. Gleichzeitig wird der Verwaltung die Ermächtigung erteilt, darüber hinaus bis zu 2 weitere Ausbildungsplätze zu besetzen, sofern weitere Ausbildungsmöglichkeiten erschlossen werden können.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 11, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

Punkt 5

Nr. 16178/13**Berufung eines Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis****Empfohlen!**

„Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Wenden I	Ortsbrandmeister	Mariensfeld, Jürgen

Abstimmungsergebnis: [Ja: 11, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

III. Öffentlicher Teil (Finanzen)

Punkt 6 **Mitteilungen**

6.1 **Nr. 13058/13**

Nachtflugverbot am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Die Behandlung der Mitteilung erfolgt mit den Anträgen unter Punkt 13.1.

6.2 **Nr. 13071/13**

Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Die Behandlung der Mitteilung erfolgt mit den Anträgen unter Punkt 13.2.

6.3 **Nr. 13040/13**

Antrag der BIBS-Fraktion auf institutionelle Förderung für die AG Schacht Konrad und den Asse-II-Koordinationskreis; Darstellung der Sachlage (s. beigef. Auszug aus der Niederschrift des FPA, Nr. 4046/13 zu Punkt 24 Haushalt 2013)

Ratsherr Müller bittet darum diese Mitteilung noch einmal für die nächste FPA-Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen, damit die Ausschussmitglieder die Gelegenheit haben, diese zunächst durchzuarbeiten. Der Ausschuss schließt sich diesem Vorschlag an.

6.4 **Mündliche Mitteilung zum Aufbau des Investitionsprogramms**

Herr Ruppert bezieht sich auf die Anregung in den letzten Haushaltsberatungen das Investitionsprogramm anders zu gestalten. Es sollten Vorjahreswerte gezeigt werden und zu jedem Vorhaben Erläuterungen angebracht werden. Er verweist auf das Muster, das an die Ausschussmitglieder verteilt wird (*vgl. Anlage 2*) und bittet um Rückmeldung für den Fall, dass das Muster nicht den Vorstellungen der Ausschussmitglieder entspricht. Ansonsten werde man die Änderungen in den Haushaltsplanentwurf übernehmen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.5 **Mündliche Mitteilung zur Erstellung eines Produktbuches**

Herr Ruppert verweist auf die verteilte Unterlage zum Produktbuch (*vgl. Anlage 3*), aus der erkennbar sei, wie die Verwaltung sich dieses vorstelle. Er erläutert, dass die Verwaltung den Ratsmitgliedern vor der Sommerpause ein vollständiges Exemplar zuleiten werde. Dieses könne von den Ratsmitgliedern durchgesehen und Änderungswünsche an die Verwaltung herangetragen werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 **Anfragen**

7.1 **Nr. 2290/13** **Haushaltsaufstellung mit Marginal Value "Analyse"**

Herr Stadtrat Stegemann beantwortet die Anfrage mündlich.

Er erläutert, man könne den Aufwand nicht konkret beziffern. Es gebe drei verschiedene Kategorien von Produktgruppen, bei denen auch der Bearbeitungsaufwand unterschiedlich sei. Handele es sich um eine Produktgruppe, bei der die Aufgabenerfüllung streng nach gesetzlichen Vorgaben (z. B. Sozialhilfe) erfolgt, so sei mit einem mittleren Aufwand zu rechnen, da es kein Veränderungspotential gebe. Bei Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielräumen (z. B. Tageseinrichtungen für Kinder) sei der Aufwand sehr hoch, da viele Abwägungen vorgenommen werden müssten. Bei freiwilligen Aufgaben (z. B. Museum, Kunst) werde ebenfalls von einem sehr hohen Aufwand ausgegangen. Daher rate die Verwaltung dringend von diesem Vorschlag ab.

Bei insgesamt 150 Produktgruppen überschritten 139 den Grenzwert für die niedrigste Veränderungsstufe von 10.000 €, und unter Berücksichtigung der bis zur halben Höhe des Aufwands vorgeschlagenen Stufen wären für diese Produktgruppen insgesamt 1.118 Analysen erforderlich. Da Produktgruppen als inhaltliche Betrachtungsweise neu seien, könne auch nicht auf vorhandene Unterlagen zurückgegriffen werden.

Die rechtlich vorgegebene Steuerungsebene seien jedoch die wesentlichen Produkte und die Verwaltung fertige gerade komplette Produktbeschreibungen. Daher bietet Herr Stadtrat Stegemann an, dass diese Analyse für einzelne Produkte durchgeführt werden könne. Er rate jedoch dringend davon ab pauschal alle Analysen durchzuführen.

Auch in anderen größeren niedersächsischen Städten wie Hannover, Osnabrück, Wolfsburg und Salzgitter würden bisher keine derartigen Analysen durchgeführt und es sei auch nichts dergleichen geplant.

Punkt 8 **Anträge**

8.1.1 **Nr. 2688/13** *Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen* **Nachtflugverbot am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg**

Abgelehnt!

„Zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner wird am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg von 22:00 Uhr abends bis 6:00 Uhr morgens ein generelles Nachtflugverbot erlassen. Für Forschungsflüge, die zwingend in dem genannten Zeitraum durchgeführt werden müssen, können bei nachgewiesenem Bedarf Ausnahmegenehmigungen erteilt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Realisierung des Nachtflugverbots am Flughafen BS-WOB (ggfs. Beschluss der Gesellschafterversammlung der Flughafen-GmbH, Neufassung der Genehmigung für den Flughafen BS-WOB durch das zuständige Landesministerium o. ä.) in die Wege zu leiten und die Ratsgremien über die einzelnen Umsetzungsschritte laufend zu unterrichten.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 4, Nein: 7, Enthaltungen: 0]

8.1.2 **Nr. 2806/13** *Antrag der SPD-Fraktion*
 (alt: Änderungsantrag Nr. 2694/13)
zu DS 2688/13: Nachtflugverbot am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg

Abgelehnt!

„Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr wird gebeten, das geltende Nachtflugverbot für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg zu überprüfen und zu untersuchen, ob zur Minderung der Lärmbelastung der Bevölkerung eine Änderung der Ausnahmeregelungen angezeigt ist.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 5, Nein: 6, Enthaltungen: 0]

Der ursprünglich in der Tagesordnung vorgesehene Änderungsantrag wurde von der SPD-Fraktion bereits in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 12. Juni 2013 zurückgezogen und als regulärer Antrag in der FPA-Sitzung wieder eingebracht.

8.1.3 **Nr. 2804/13** *Antrag der CDU-Fraktion*
 (alt: Änderungsantrag Nr. 2704/13)
Änderungsantrag zu DS-Nr. 2688/13: Nachtflugverbot am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg

Abgelehnt!

„Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr wird gebeten, das geltende Nachtflugverbot für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg zu überprüfen und insbesondere zu untersuchen, ob zur Minderung der Lärmbelastung der Bevölkerung eine Änderung der Betriebsgenehmigung angezeigt ist. Gleichzeitig wird das Ministerium gebeten zu überprüfen, inwiefern moderne Flugzeuge, die in der Lärm- und CO₂-Emission deutlich geringere Werte aufweisen als in der Vergangenheit, von den Beschränkungen der Betriebsgenehmigung ausgenommen werden können.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 5, Nein: 6, Enthaltungen: 0]

Der ursprünglich in der Tagesordnung vorgesehene Änderungsantrag wurde von der CDU-Fraktion bereits in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 12. Juni 2013 zurückgezogen und als regulärer Antrag in der FPA-Sitzung wieder eingebracht. Die neue Drucksachenummer lautet 2804/13.

Protokollnotiz zu den Anträgen unter Punkt 13.1

Im Anschluss an die Beratung wird die Sitzung auf Wunsch der CDU-Fraktion für 5 Minuten unterbrochen. Danach lässt der Ausschussvorsitzende Ratsherr Pedschek zunächst den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dann den der SPD-Fraktion und zuletzt den der CDU-Fraktion abstimmen.

**8.2 Nr. 2722/13 Antrag der Fraktion Die Linke.
Braunschweiger Bürgerhaushalt**

Beschlossen!

„Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat eine Vorlage zur Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Aufstellung zukünftiger Haushaltspläne zu seiner nächsten Sitzung zuzuleiten.

Die Vorlage soll enthalten:

- Einwohnerinnen und Einwohner sollen schriftlich und auf einer Internetseite Vorschläge zur Verwendung von Haushaltsmitteln machen können. Das Verfahren soll nicht anonym sein und ausschließlich Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Braunschweig zur Verfügung stehen.
- Jedem Bezirksrat soll ein Bürgerbudget zur Verfügung gestellt werden. Die Höhe des Budgets soll sich an der Einwohnerzahl orientieren (bspw. 0,50 €/Einwohner). Die Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirkes sollen Vorschläge zur Mittelverwendung machen können. Abschließend entscheidet der Bezirksrat.
- Zu Beginn der Einführung eines Bürgerhaushaltes findet eine Informationsveranstaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner statt. Diese Veranstaltung wird evaluiert und anschließend entschieden, ob weitere Veranstaltungen dieser Art zielführend sind.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 6, Nein: 5, Enthaltungen: 0]

**8.2.1 Nr. 2775/13 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
TOP 23.6: Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern**

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen Beschlussvorschlag vorzubereiten, mit dem für die Ausgaben aus den Budgets der Stadtbezirksräte eine direktere Beteiligung von BürgerInnen geschaffen wird. Dafür ist als erster Schritt ein transparenter und nachvollziehbarer Schlüssel für die Neufestlegung der Höhe der Budgets der Stadtbezirksräte vorzuschlagen. In diese Budgets sind in angemessener Höhe zusätzliche Mittel für die Umsetzung von Vorschlägen aus der Bevölkerung einzuplanen. Zur Einreichung und Bewertung von Vorschlägen für Maßnahmen aller Art im Aufgabenbereich der Stadtbezirksräte ist ein geeignetes Verfahren zu entwickeln. Über die Umsetzung der Vorschläge aus der Bevölkerung entscheidet der jeweilige Stadtbezirksrat.“

Der Antrag wird in der Sitzung zurückgezogen.

**8.2.2 Nr. 2787/13 Änderungsantrag der Fraktion Piratenpartei
Änderungsantrag zu DS 2722/13 | TOP 23.6:
Anonyme Beteiligung zulassen**

Abgelehnt!

„Der Satz "Das Verfahren soll nicht anonym sein [...] stehen" wird gestrichen.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 2, Nein: 9, Enthaltungen: 0]

Protokollnotiz zu den Anträgen unter Punkt 13.2

Auf Wunsch von Ratsherrn Sommerfeld gibt Herr Stadtrat Stegemann zu Protokoll, dass für den Antrag der Fraktion Die Linke. die verwendete Formulierung „Die Verwaltung wird gebeten...“ als Synonym für „Die Verwaltung wird beauftragt...“ gesehen wird.

Ratsherr Heere teilt mit, dass seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Änderungsantrag zurückziehe, da man sich bemüht habe, mit den anderen Fraktionen ein einheitliches Verfahren zu finden, dies aber leider gescheitert sei. Innerhalb der Fraktion sei man sich ebenfalls uneinig und daher sei die Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktion Die Linke. freigegeben worden, sodass jedes Fraktionsmitglied frei entscheiden könne.

Vor der Abstimmung weist der Ausschussvorsitzende Ratsherr Pesditschek darauf hin, dass die Überschrift des Antrags der Fraktion Die Linke. nicht „Braunschweiger Bürgerhaushalt“ sondern eher „Bessere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und mehr Bewegungsfreiheit für die Bezirksräte“ lauten müsste, da es inhaltlich nicht um einen Bürgerhaushalt ginge.

8.3 **Nr. 2680/13** *Antrag der CDU-Fraktion*

Aussetzung der Beteiligung Dritter an den städtebaulichen Folgekosten für soziale und technische Infrastruktur (Kita-Gebühr bei Neubauten)

Beschlossen!

"Die bisher auf Grundlage von § 11 Abs. 1 Nr. 3 BauGB im Rahmen von städtebaulichen Verträgen mit Vorhabenträgern und Grundstückseigentümern erhobene finanzielle Beteiligung von Investoren an den städtebaulichen Folgekosten für soziale und technische Infrastruktur (Kita-Gebühr bei Neubauten) wird zum 1. Juli 2013 für die Dauer von zwei Jahren ausgesetzt."

Abstimmungsergebnis: [Ja: 6, Nein: 5, Enthaltungen: 0]

Punkt 9

Nr. 16192/13

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Verschmelzung der Klinikum Braunschweig Rehabilitations-GmbH auf die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Empfohlen!

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, der Verschmelzung der Klinikum Braunschweig Rehabilitations-GmbH auf die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH zuzustimmen und die Geschäftsführung zu veranlassen, die dazu erforderlichen Maßnahmen umzusetzen.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 11, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

Punkt 10 **Nr. 16183/13**
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Jahresabschluss 2012 - Feststellung

Beschlossen!

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen,

1. den Jahresabschluss 2012 mit einer Bilanzsumme von 264.635.533,59 € sowie einem Jahresüberschuss von 686.249,75 € festzustellen und
2. die Zuführung des Jahresüberschusses zu folgenden Gewinnrücklagen zu beschließen:
 - 486.249,75 € in die zweckgebundene Rücklage für die Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzeptes
 - sowie 200.000,00 € in die nicht zweckgebundene Rücklage.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 1]

Protokollnotiz:

Ratsherr Schicke-Uffmann weist darauf hin, dass in den Anlagen die Vorzeichen nicht gesetzt seien und daher schwer nachvollziehbar sei, was gemeint ist und ob die Zahlen fehlerhaft sind. Herr Schüttig sagt zu dies zukünftig besser zu beachten.

Punkt 11 **Nr. 16184/13**
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Jahresabschluss 2012 – Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Beschlossen!

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung zu erteilen.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 1]

Punkt 12 **Nr. 16220/13**
Ausgabe eines Erbbaurechtes über die Sportanlagen neben dem Eintracht-Stadion

Empfohlen!

„Der Ausgabe eines Erbbaurechtes an die Eintracht Braunschweig Immobilien GmbH über die Sportanlagen neben dem Eintracht-Stadion zu den in der Vorlage dargestellten Konditionen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 10, Nein: 1, Enthaltungen: 0]

Protokollnotiz:

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Pesditschek bittet darum, dass zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18. Juni 2013 nachgereicht wird, wie die Wert-sicherungsklausel bei diesem Vertrag gestaltet werden soll.
(Anm. der Verfasserin: vgl. 1. Ergänzung zur Vorlage.)

Punkt 13 **Nr. 16205/13**
Zuschüsse zur Pflege des baulichen Kulturgutes

Beschlossen!

„Den in der Vorlage vorgeschlagenen Zuschussgewährungen zur Pflege des baulichen Kulturgutes wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

Punkt 14 **Nr. 16186/13**
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2.000 €

Empfohlen!

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

Punkt 15 **Nr. 16185/13**
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Empfohlen!

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 10, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

Protokollnotiz: s. Punkt 20a

Punkt 20a **Nr. 16223/13**
Haushaltsvollzug 2013 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Empfohlen!

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 8, Nein: 1, Enthaltungen: 1]

Protokollnotiz zu Punkt 20 und 20a:

Ratsherr Rosenbaum kritisiert mehrfach das Abstimmungsverfahren. Der Leiter der Sitzung Ratsherr Müller stellt demgegenüber fest, dass das Abstimmungsverfahren einwandfrei sei. Er fordert Ratsherrn Rosenbaum auf den Verlauf der Sitzung nicht zu stören und droht im Wiederholungsfall mit dem Verweis aus dem Sitzungssaal.

Als Ratsherr Rosenbaum erneut das Abstimmungsverfahren kritisiert, erklärt Ratsherr Müller, er unterbreche die Sitzung bis Ratsherr Rosenbaum den Sitzungssaal verlassen habe. Daraufhin verlässt Ratsherr Rosenbaum den Sitzungssaal. Ratsherr Müller setzt die Sitzung fort.

Punkt 16 **Nr. 16207/13**
Abschluss einer Nachtragsvereinbarung mit HOCHTIEF im Rahmen des PPP-Projektes für Schulen und Kindertagesstätten betreffend die Einrichtung der Integrierten Gesamtschule Heidberg und eines Mensaneubaus am Schulzentrum Heidberg

Empfohlen!

- „1. Dem Abschluss der Nachtragsvereinbarung zum PPP-Projektvertrag einschließlich des darin enthaltenen kreditähnlichen Rechtsgeschäftes und der Finanzierung mittels einer Forfaitierung mit Einredeverzicht mit der HOCHTIEF PPP Schulpartner Braunschweig GmbH wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, alle im Zusammenhang mit dem Abschluss der Nachtragsvereinbarung und der Forfaitierung erforderlichen Erklärungen abzugeben und beauftragt, die erforderliche kommunalaufsichtsbehördliche Genehmigung beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport einzuholen.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 8, Nein: 0, Enthaltungen: 2]

Punkt 17 **Nr. 16210/13**
Krematorium

Empfohlen!

- „1. Der Einleitung und Durchführung eines EU-weiten Vergabeverfahrens zur Übertragung des Krematoriums an einen privaten Dritten einschließlich der Fortführung des Betriebs wird zugestimmt.
2. Die Zuschlagserteilung soll nach Maßgabe folgender Kriterien und Gewichtungen erfolgen:
 - Erlös aus der Übertragung des Krematoriums (50 %)
 - Qualität des Konzeptes zum weiteren Betrieb des Krematoriums (25 %)
 - Betriebliche Qualität, Erfahrung im Bestattungsgewerbe (25 %)
3. Für den Fall, dass die Ausschreibung zu keinem wirtschaftlichen Ergebnis führt, wird die Verwaltung ermächtigt, das Vergabeverfahren aufzuheben.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 5, Nein: 2, Enthaltungen: 0]

Punkt 18 **Nr. 16159/13**
Ehemaliges Stibiox-Gelände
Übernahme der restlichen Flurstücke aus der Insolvenzmasse in das städtische Eigentum und Ablösevereinbarung mit dem Land Niedersachsen

Empfohlen!

- „1. Der Übernahme der Flurstücke 236/19, 237/3, 297/1 und 297/2, alle Flur 4 der Gemarkung Gliesmarode in einer Gesamtgröße von 11.682 m² aus der Insolvenzmasse in das städtische Eigentum mit dem Ziel, die Flurstücke anschließend als Gewerbegrundstücke zu vermarkten, wird zugestimmt.
2. Dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und dem Land Niedersachsen – vertreten durch das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz – zur Abführung des Verkaufserlöses für die vom Land sanierten Flurstücke 236/19, 237/3 und 297/1, Flur 4 der Gemarkung Gliesmarode an das Land Niedersachsen, wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 7, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

Protokollnotiz:

Frau Bürgermeisterin Ihbe begrüßt die Absicht der Verwaltung Altlasten zu beseitigen, möchte jedoch wissen wie der verunreinigte Boden auf privaten Grundstücken – evtl. auch kostenfrei – beseitigt werden könne. Die Beantwortung dieser Frage zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18. Juni 2013 wird zugesagt.

Punkt 19 **Nr. 16168/13**
Zukünftiges Baugebiet „Im Großen Raffkampe“
Verkauf des städtischen Flurstücks 210, Flur 6 der Gemarkung Lamme an die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB)

Empfohlen!

„Dem Verkauf des städtischen Flurstücks 210 in Größe von 43.757 m², Flur 6 der Gemarkung Lamme an die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: [Ja: 7, Nein: 0, Enthaltungen: 0]

Punkt 20 **Einwohnerfragestunde**

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen bzw. gestellt werden.

IV. Nichtöffentlicher Teil (Finanzen)

gez.

Pesditschek
Vorsitzender

gez.

Stegemann
Stadtrat

gez.

Köppe
Schriftführerin Finanzen

gez.

Müller
Stellvertretender
Vorsitzender

gez.

Lehmann
Erster Stadtrat

gez.

Speer
Schriftführer Personal

|